

Die fundamentalen Fehler der europäischen Bankenunion

## Nur gut gemeint

Die Kapitalmarktfreiheit gehört zu den vier Grundlagen des EU-Binnenmarktes. Deshalb ist die Bankenunion ein äußerst wichtiges Vorhaben, will man Bankrisks, dominhafte Bankenpleiten und die Fehlleitung von Kapital vermeiden. Die Integration der Kapitalmärkte ist ein Dreiklang aus der Bankenregulierung und -aufsicht, der Abwicklung insolventer Geldinstitute sowie einer Einlagensicherung (JF 5/16).

Der Idealfall sähe so aus: An erster Stelle steht eine EU-weite Bankenregulierung, die Mindeststandards für die Geldhäuser neben den Basel-III-Regeln beinhaltet. Hierzu zählen Eigenkapitalvorgaben, Verschuldungsgrenzen und Transparenzregeln. Zugleich würde eine unabhängige Aufsicht bestehen, die systemrelevante Banken überwacht. Ziel ist die Vermeidung von Schieflagen.

An zweiter Stelle steht die Abwicklung insolventer Geldhäuser. Gemäß einer Haftungskaskade werden zunächst die Anteilseigner, dann die Anleihegläubiger der Bank und schließlich Sparer mit Einlagen über 100.000 Euro herangezogen. Dies soll die Abwicklung insolventer Geldhäuser ohne die Gefährdung weiterer Finanzinstitute und ohne Steuergelder ermöglichen. An dritter Stelle steht die Einlagensicherung von Kundengeldern. Diese Regelung dient dem Gläubigerschutz. Die Rangfolge ist nicht ohne Grund gewählt: Eine strenge Vorgabe von Mindeststandards macht eine Abwicklung unwahrscheinlicher. Wird

eine Pleitebank geordnet abgewickelt, steigt die Chance der Schonung der Kundengelder – die in letzter Instanz über eine Einlagensicherung garantiert werden. Soweit die Theorie.

Die derzeit geplante EU-Bankenunion folgt eher Tücholskys Erfahrungssatz: „Das Gegenteil von gut ist gut gemeint.“ So galten die griechischen Banken noch im Herbst 2014 als „solide finanziert“. Der Grund: Als Regulierer ließ die EZB zu, daß 13 Milliarden Euro an Steuerschriften zum Eigenkapital der Banken gerechnet wurden. Das Problem: Wenn der Staat zahlungsunfähig würde – wie im Juli 2015 de facto geschehen –, wäre ein Viertel des Eigenkapitals wertlos. Zudem waren 40 Prozent aller Kredite notleidend. Die Überschuldung der vier Großbanken war ganz offensichtlich.

Wohlweislich hatte die griechische Regierung die EU-Richtlinie zur Bankenabwicklung noch nicht in nationales Recht umgesetzt. Statt die Haftungskaskade, also auch Einlagen über 100.000 Euro heranzuziehen, wurden unrechtmäßig zunächst Notkredite der griechischen Zentralbank, dann Mittel des Euro-Rettungsfonds zum Erhalt der Geldhäuser aufgewandt. Gemeinschaftshaftung statt Institutschaft. Man kann sich die Kapitaltransfers nur ausmalen, die im Falle des geplanten Europäischen Einlagensicherungssystems seitens der Länder mit solventen Bankensystemen in ein griechisches schwarzes Finanzloch unwiderruflich fließen würden.



VON DIRK MEYER

»Wohlweislich hatte Athen die Richtlinie zur Bankenabwicklung nicht umgesetzt.«



50-Euro-Schein: Die Zinsen risikoreicher Staatspapiere fließen über die nationale Notenbank durch ihre Gewinnabführung an den Staat zurück

# Frankreich und Italien kassieren extra ab

Exklusiv: Wie eine Informationsauskunftsklage ergab, dürfen einige Euroländer mehr Geld drucken als andere

DIRK MEYER

Wollten wir nicht schon einmal am Farbkopierer ein paar Euro-Scheine drucken – nur für den persönlichen Gebrauch? Wahrscheinlich hielt uns die Strafandrohung davon ab: „Wer Banknoten nachmacht“, so stand es kleingedruckt auf jedem D-Markschein, „wird mit Zuchthaus nicht unter zwei Jahren bestraft.“

Und heute? Die Europäische Zentralbank (EZB) hält diesen Hinweis jedenfalls für nicht mehr notwendig. Doch weiter gilt der Grundsatz, daß Geld als solches nur dann Kaufkraft besitzt und als harte Währung allgemein anerkannt wird, wenn es entsprechend knapp gehalten wird. Hinzu kommt der Gedanke an die Gerechtigkeit: Nur wer die Möglichkeit zum unauffälligen Geldfälschen hat, kann sich auf Kosten der anderen Geldhalter bereichern. Den wenigsten dürfte jedoch klar sein, daß es im 19 Mitglied starken Eurosystem zu einem Gelddruck der nationalen Zentralbanken kommt. Im einzelnen:

Für die Europäische Währungsunion (EWU) besteht nach dem EU-Vertrag

eine zentrale Zuständigkeit für die Geldpolitik. Sie wird durch den Rat der Europäischen Zentralbank ausgeübt. Dies unterscheidet die EWU von historischen Währungsunionen wie der Lateinischen Münzunion (1865), der Skandinavischen Münzunion (1872) und der Kronenzone (1918). Dort verblieb die Ausgabe der Banknoten autonom bei den Zentralbanken der Mitgliedstaaten. Entsprechend intensiv wurde diese Möglichkeit des Gelddrucks genutzt. Dieser institutionelle Mangel war die wesentliche Ursache für inflationäre Geldschöpfungen der nationalen Notenbanken zu Lasten der anderen Mitgliedstaaten. Letztendlich führte dies zum Zerfall dieser Währungsunionen.

Im Dezember letzten Jahres bekam die Fachöffentlichkeit Kenntnis von der Existenz des Anfa-Geheimabkommens (*Agreement on Net Financial Assets*), das die EZB erst kürzlich auf Druck veröffentlichte. Es beinhaltet Regeln und Obergrenzen von Wertpapieren, die die nationalen Notenbanken eigenständig, das heißt auf eigene Rechnung und Risiko erwerben können. Dazu ist wichtig zu wissen, daß im Gegenzug Banknoten ausgegeben werden oder ein Guthaben bei der jeweiligen nationalen Zentral-

bank entsteht – also die nationale Notenpresse bedient wird. De facto ist es eine Lizenz zum Gelddrucken.

Etwa jeder zweite vom Eurosystem herausgegebene Euro beruht auf dieser Notenpresse. In absoluten Zahlen ist der Umfang dieser nationalisierten Geldschöpfung im Vergleich vor der Banken- und Staatsschuldenkrise von 222 Milliarden Euro (2005) auf 697 Milliarden Euro (2011) gestiegen und hat aktuell ein Volumen von 490 Milliarden Euro. Die EZB sichert sich durch eine jährliche Vorgabe der Obergrenzen für dieses Geld die Kontrolle über die Bilanzsumme des Eurosystems und nach eigenem Bekunden damit über ihre Geldpolitik.

### Zusätzliche Einnahmequelle

Dies wäre insoweit relativ unbedenklich, wenn alle nationalen Notenbanken gleichmäßig entsprechend ihrem Bevölkerungsanteil bzw. Bruttoinlandsprodukt am Gelddruck teilnehmen würden. Dem ist jedoch nicht so. Während die Bundesbank ihre Bilanz lediglich um 1,6 Prozent (2014) durch eigene Geldschöpfung verlängert, liegen die Anteile bei den Zentralbanken in Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland und Portugal zwischen 15 und 25 Prozent. Einer der Vorteile: Die Zinsen der mit dem nationalen Zusatzgeld erworbenen Anleihen stellen eine zusätzliche Einnahmequelle dar, die mit den anderen Eurostaaten nicht geteilt werden muß.

Das entscheidende Problem entsteht durch die Art der angekauften Wertpapiere. Im Zeitraum 2010 bis 2012 lagen die Anteile von Staatsschuldspapieren in den entsprechenden Bilanzpositionen der Notenbanken in Italien, Griechenland, Portugal, Spanien, den Niederlanden sowie Belgien zwischen 70 und 97 Prozent. Hier auf die Idee einer versteckten monetären Staatsfinanzierung zu kommen, wäre kein ganz absurder Gedanke. Hinzu kommen weitere Fehlanreize: Die Zinsen

risikoreicher Staatspapiere fließen über die nationale Notenbank zum Jahresende durch ihre Gewinnabführung an den Staat zurück – faktisch eine Nullzins-Staatsfinanzierung von Krisenländern. Die damit verbundenen Gefahren werden anhand der Griechenlandkrise zur Zeit der Aushandlung des dritten Hilfspaketes 2014/15 deutlich.

Bis zu 90 Milliarden Euro hatte die griechische Zentralbank als Notkredite an den Eurosystem geborgt. Diese dienten die Kredite indirekt der monetären Zwischenfinanzierung des griechischen Staates bis zur Freigabe der Kredite des Rettungsfonds. Andererseits finanzierten sie die Kapitalflucht der Griechen, die ihre Euro-Guthaben vor dem drohenden Euroaustritt in Sicherheit bringen wollten. Bei einer Staatspleite und einem Euroaustritt Griechenlands hätten die anderen 18 Notenbanken die Verluste tragen müssen. Gewinne werden nationalisiert, Pleiteverluste europäisiert. Aus nationalem Interesse wird die Geldpolitik zunehmend mit der Fiskalpolitik verschmolzen. Die EZB macht sich zum Handlanger der EU-Kommission und des EU-Rates der Regierungschefs, denen die Anwendung bestehender Verschuldens- und Haushaltsüberwachungsregeln nicht gelingt. Das nationale Zusatzgeld verlängert die unterschiedlich fortbestehende Banken- und Staatsschuldenkrise. Es mindert die Anreize für Anpassungen.

Fazit: Das nationale Zusatzgeld ist ein Sprengsatz der Währungsunion. Die Geldannahmegemeinschaft muß wieder zu einer vollständigen Geldausgabegemeinschaft werden, indem die Geldemission ausschließlich zentral durch das Eurosystem und den EZB-Rat durchgeführt und kontrolliert wird. Dies betrifft sowohl institutionelle Konstruktionsfehler als auch Managementfehler „im Krisenmodus“, die auf eine fiskalisch motivierte, die Unabhängigkeit der EZB gefährdende Geldpolitik hinauslaufen.

Wieder scheitert eine Ökofirma, die hohe Renditen verprach

## German Pellets am Ende

Von Markus Brandstetter

Am Schluß ging es dann sehr schnell: Zuerst hätte es eine Telefonkonferenz, dann eine Gläubigerversammlung geben sollen, aber dann kam doch gleich das Aus: Vorgangene Woche ist der Wismarer Brennstoff-Hersteller German Pellets in die Insolvenz gegangen. Etwa 600 Mitarbeiter und 10.000 Gläubiger der Mittelstandslehne des Unternehmens sind davon betroffen. Für beide Gruppen sieht es nicht gut aus: Die Mitarbeiter werden wohl bald auf der Straße stehen, und die Gläubiger – durch die Bank normale Leute, viele Rentner, die meisten grün und umweltbewegt – werden wohl nie mehr einen Cent ihres Geldes sehen.

So geht das eben, wenn man sein Ersparnis in Läden investiert, die ökologisch, grün und erneuerbar sind, es aber nicht sind. Die Insolvenz der Prokon Regenerative Energien GmbH, wo eine Dreivierteilmilliarde an Gläubigergeldern im Winde verwehte, läßt grüßen. Natürlich ist es verständlich, wenn normale Menschen in Zeiten, in denen Banken

unterirdische Zinsen bezahlen, ihr Geld in Holzschnitzelpapiere stecken, die 7,25 Prozent versprechen. Aber wer das tut, darf nie vergessen, daß hohe Zinsen bei Genußrechten oder Unternehmensanleihen immer auch ein hohes Risiko signalisieren, ganz egal, was einem die Ratingagenturen erzählen. Ein Unternehmen, das für geliehenes Geld so viel bezahlt, muß diese Prozente zuerst einmal erwirtschaften – und zwar mit einem profitablen Geschäftsmodell.

Und mit dem sah es bei German Pellets von Anfang an schlecht aus. Zu Bröckchen gepresste Holzspäne sind keine iPhones mit Traumrenditen, sondern schon zu den besten Zeiten Billigprodukte, mit denen man nur bei extrem hohen Absatzmengen Geld verdienen kann. Kommen dann noch durch Binnenverrechnungen im Konzern getürkte Umsätze, eine kaum profitable Produktion in Deutschland und Werke in den USA, die der Muttergesellschaft gar nicht gehören, hinzu, dann ist das Ende nicht mehr fern. Und so war es dann auch.

### Anfa-Geheimabkommen

Das *Agreement on Net Financial Assets* (Anfa) ist eine bis vor kurzem geheim vereinbarte Vereinbarung zwischen der EZB und den damals 18 nationalen Zentralbanken des Eurosystems vom 19. November 2014. Es erlaubt, Anleihen des eigenen Staates aufzukaufen. Daß europäische Notenbanken Finanzanlagen halten, die nicht mit der Geldpolitik in Zusammenhang stehen, ist ein wesentlicher Bestandteil ihrer Funktion“, argumentiert die EZB. Erst auf Druck von Medien und Wissenschaft, unter anderem mit Verweis auf das Informationsfreiheitsgesetz (IFG), wurde

das Anfa-Geheimprotokoll der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Dirk Meyer, Professor für Ordnungsökonomik an der Hamburger Helmut-Schmidt-Universität, wandte sich am 2. Januar mit Hinweis auf das IFG an die Bundesbank mit der Bitte um Einsichtnahme. Nachdem die per Gesetz vorgegebene Antwortfrist abgelaufen war, erlaubte der EZB-Rat am 3. Februar einstimmig die Veröffentlichung des Textes.

Englischer Text des Anfa-Abkommens: [www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/en\\_anfa\\_agreement\\_19nov2014\\_f\\_sign.pdf](http://www.ecb.europa.eu/ecb/legal/pdf/en_anfa_agreement_19nov2014_f_sign.pdf)



### Ihr Bestellschein

JF-Buchdienst · Hohenzollerndamm 27a · 10713 Berlin  
Fax: 030-864953-40 · Bestelltelefon: 030-864953-25

Hiermit bestelle ich zur sofortigen Lieferung folgende Titel:  
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen!

Expl.	Bestell-Nr.	Autor/Kurztitel	Euro

abschicken, faxen oder gehen Sie online: [www.jf-buchdienst.de](http://www.jf-buchdienst.de)

Bestelladresse  Kundennummer

Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen! (falls zur Hand)

Vorname/Name

Straße/Nr. (kein Postfach)

PLZ/Ort

Telefon  E-Mail

Datum/Unterschrift

Deutschland: Versandkostenfrei bei Bestellungen ab EUR 50,-. Bei Bestellungen unter EUR 50,- beträgt der Versandkostenanteil EUR 3,20. Postales Ausland: Belieferung nur gegen Vorkasse! Bei Lieferung in die EU-Länder fällt zusätzlich zum Buchpreis eine Versandkostenpauschale von EUR 12,- an. Für alle anderen europäischen Staaten beträgt die Pauschale EUR 14,-. Für außereuropäische Staaten EUR 18,-. Die Bücher sind vom Umtausch ausgeschlossen!

**JF BUCHDIENST**  
JUNGE FREIHEIT Medienversand

gehen Sie online:  
[jf-buchdienst.de](http://jf-buchdienst.de)

**Michael Brückner**

### Achtung! Bargeldverbot!

Auf dem Weg zum gläsernen Kontostroman

Bargeldlimits sind bereits geplant, bald droht ein Bargeldverbot. In manchen EU-Ländern gibt es heute bereits Höchstgrenzen für Barzahlungen. Mächtige Banken und Konzerne wollen den gläsernen Konsumenten. Der Autor erläutert die Hintergründe und zeigt, wie man sich wehren kann.  
224 S., geb.



Best.-Nr.: 92957

EUR 9,95

**Ulrich Horstmann, Gerald Mann**

### Bargeldverbot

Alles, was Sie über die kommende Bargeldabschaffung wissen müssen

In Italien und Frankreich sind Bargeldzahlungen ab 1000 Euro illegal, und viele deutsche Banken haben neben Tageslimits schon Wochenlimits eingeführt. Ab 2018 soll Bargeld in der EU ganz abgeschafft werden. Welche Folgen hat das für Sie, und wie können Sie sich schützen?  
128 S., Pb.



Best.-Nr.: 92781

EUR 6,99

**Markus Meiner**

### Steueroase Deutschland

Warum bei uns viele Reiche keine Steuern zahlen

Steueroasen sind nicht nur die Schweiz oder karibische Inseln. Auch Deutschland buhlt um Investoren und das internationale Finanzkapital. Dabei schaut man bei den Steuertricks der Konzerne weg und rollt Schwarzgeld den roten Teppich aus. Es wird Zeit für eine grundlegende Reform!  
288 S., Pb.



Best.-Nr.: 92959

EUR 14,95

**Michael Limburg, Fred Müller**

### Strom ist nicht gleich Strom

Warum die Energiewende nicht gelingen kann

Die Energiewende, die Umstellung unserer Stromversorgung auf Erneuerbare Energien wird in eine Katastrophe führen, wirtschaftlich wie technisch. Hierfür wurden bereits mehr als 500 Milliarden Euro ausgegeben. Dieses Geld wird unserer Volkswirtschaft fehlen, wenn sie darangehen muss, den künftigen Scherbenhaufen zusammenzukehren. Hier erklären zwei Fachleute, warum.  
237 S., geb.



Best.-Nr.: 92948

EUR 19,90

**Markus C. Kerber**

### Wehrt euch, Bürger!

Wie die Europäische Zentralbank unser Geld zerstört

Prof. Dr. jur. Markus C. Kerber erläutert als einer der Kritiker der EZB die andauernde Selbstermächtigung der Europäischen Zentralbank und zeigt, wie Sie als Bürger die Folgen dieser Politik zu spüren bekommen und was Sie tun können, um sich der EZB zu erwehren. Dieses Buch ist mehr als eine wissenschaftliche Analyse, es ist Pamphlet und Aufruf zugleich.  
128 S., Pb.



Best.-Nr.: 92895

EUR 9,99

**Michael Maier**

### Das Ende der Behaglichkeit

Wie die modernen Kriege Deutschland und Europa verändern

Flüchtlingskatastrophe, Spannungen zwischen den USA und Rußland, Kriege im Süden, Osten und Südosten der EU, Europa droht zu zerfallen; der Euro, unsere Sparguthaben und der Sozialstaat sind in Gefahr. Neuartige Cyber-Kriege drohen. Wir spüren das Ende der Behaglichkeit  
288 S., geb.



Best.-Nr.: 92961

EUR 19,99

**Hans-Hermann Gockel (Hrsg.)**

### Finale Deutschland

Asyl. Islam. Innere Sicherheit. Mit Klartext gegen die Gedankenfeigheit



Hans-Hermann Gockel, der TV-Journalist und Nachrichten-Moderator (SAT.1 und N24), schreibt Klartext. Die politische Elite verfängt sich in Gedankenfeigheit, Heuchelei und Scheinheiligkeit und verliert dabei die Kontrolle über maßgebliche Bereiche des öffentlichen Lebens. Mit dramatischen Folgen für Deutschland.  
304 S., geb.

Best.-Nr.: 92933

EUR 19,99

Abbildungen können vom Original abweichen!